

Aufbruch zu Demokratie und Nationalstaatlichkeit im Dreiländereck

Deutschland – Polen – Tschechoslowakei nach dem „Großen Krieg“
(1918-1923)

Institution:

Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden (HAIT)

Projektbeteiligte:

PD Dr. habil. Steffen Kailitz (Leitung)

Sebastian Paul, M.A. (Bearbeiter)

N.N. (Bearbeiter/in)

Förderzeitraum: 1.2.2018 - 31.12.2020

Das Ende des Ersten Weltkriegs stellt nicht nur eine historische Zäsur, sondern für die neu gegründeten Staaten Ostmitteleuropas einen Aufbruch zu Demokratie und Nationalstaatlichkeit dar. Das Forschungsvorhaben hat zum Ziel, diese im transnationalen Grenzraum des Dreiländerecks Deutschland – Polen – Tschechoslowakei in den Jahren 1918 bis 1923 voranschreitenden Prozesse vergleichend zu untersuchen. Es greift dabei den Mangel an multiperspektivischen, vergleichenden Mehrebenenanalysen auf und möchte Kontinuitäten und Brüche des politischen und gesellschaftlichen Wandels herausarbeiten. Auch kennzeichnet die Historiographie eine starke Verengung auf nationale Narrative. Das Projekt stößt in diese Lücke und führt einen transnationalen Vergleich auf drei Ebenen durch: auf der lokalen, nationalstaatlichen und bilateralen beziehungsweise transnationalen Ebene.

Konkret nimmt das Projekt die lokale Ebene in Oberschlesien (Weimarer Republik/Polen), Westgalizien (Polen) sowie Mährisch-Schlesien und der angrenzenden Nordwestslowakei (Tschechoslowakei) in den Blick. Diese Regionen eignen sich dadurch besonders für einen transnationalen Vergleich, da ihre demografische Struktur von einer hohen ethnischen Vielfalt gekennzeichnet war, der die nach 1918 entstandenen Grenzen der Nationalstaaten nicht Rechnung tragen konnten. Es galt folglich, nationale Mehrheiten und Minderheiten bei Demokratisierung und Nationalstaatsbildung gleichermaßen zu adressieren. Diese Prozesse auf lokaler Ebene werden im zweiten Schritt auf ihre Impulse, Rückkopplungen und Verflechtungen mit den Prozessen auf der nationalstaatlichen und der internationalen Ebene (bilateral sowie im Völkerbund) hin untersucht. Diese Mehrebenenanalyse bietet gravierende Vorteile, da das Zusammenwirken von Demokratisierung und Nationalstaatlichkeit im Dreiländereck, etwa in Fragen von umstrittenen Grenzen, bei einer bloßen Fokussierung auf die nationale Ebene nicht hinreichend erklärbar wäre. Eine Mehrebenenanalyse öffnet den Blick auf lokale und nationalstaatliche Entwicklungen, die nicht zwingend verschränkt sein müssen. Vielmehr ist insbesondere in den Grenzgebieten der neuen Staaten durch die unterschiedlichen demografischen Gemengelagen von distinkten lokalen Dynamiken der Demokratisierung und Nationalstaatsbildung auszugehen. Während Mährisch-Schlesien und Ober-

schlesien beidseitig der Grenze durch eine polnische und deutsche Minderheiten-Mehrheiten-Konstellation geprägt war, handelte es sich im Falle der Nordwestslowakei um eine ungarische Minderheit, in Westgalizien um eine ukrainische Minderheit. In den Jahren 1918 bis 1923 musste zudem in der Tschechoslowakei wie auch in Deutschland und Polen die Rolle der dominanten Gruppe erst noch ausgehandelt werden, was gerade auf der lokalen Ebene Raum für Kompromiss und Konflikt bot. In all diesen Regionen gab es zudem eine signifikante jüdische Bevölkerung, die sich weitgehend passiv und abwartend verhielt, jedoch trotzdem durch antisemitische Stereotype, wie etwa das des „jüdischen Bolschewismus“, als politischer Akteur wahrgenommen wurde.

Das Forschungsprojekt wird von der Annahme geleitet, dass ein Gemenge aus nationalen Mehrheiten und Minderheiten nicht per se zu Konflikten führt. Gerade auf lokaler Ebene boten sich Spielräume, um erfolgreich Interessen zwischen den ethnischen Gruppen auszugleichen, die so auf nationaler Ebene nicht erreichbar waren. Auch waren Frauen nicht erst seit 1918 an Prozessen der Demokratisierung und Nationalstaatsbildung beteiligt, deren wichtige Rolle bislang marginalisiert und ihrem Wirken auf lokaler und nationaler Ebene kaum Beachtung geschenkt wurde. Als aktive Teilnehmerinnen waren sie ebenso an der Konstruktion und Transformation ethnischer und nationaler Kategorien beteiligt. Darüber hinaus wirkten viele Parlamentarierinnen bereits vor 1918 auf lokaler Ebene und ihre Erfahrungen waren essentiell für die politische Karriere nach 1918.

Als Instrument der Demokratisierung vor Ort wurden 1918/1919 zunächst lokal National-/Soldaten-/Arbeiterräte gegründet. Diese übernahmen in der unmittelbaren Nachkriegsphase, als die imperiale Staatsmacht erodierte, die Funktion der lokalen Machthaber. In ethnisch-gemischten Gebieten wie dem Dreiländereck Deutschland – Polen – Tschechoslowakei waren dies teils mehrere Räte an einem Ort. Nationale Aspirationen richteten sich häufig konfrontativ gegen die alten Machthaber und zielten auf mehr nationale Selbstbestimmung. Auch territoriale Forderungen wurden formuliert. Diese Räte übergaben im Laufe des Jahres 1919 ihre administrativen Aufgaben sukzessive an die neuen nationalstaatlichen Behörden. Die Verabschiedung einer Verfassung und die Abhaltung von demokratischen Wahlen sollten hiernach auch vor Ort die neuen Nationalstaaten konsolidieren.

Hierdurch wurde die Demokratisierung dieser Peripherien verschränkt mit den Prozessen der Nationalstaatsbildung in den Zentren Berlin, Prag und Warschau. Strittige Territorialfragen, wie sie im Falle Oberschlesiens, Teschens wie auch an der slowakisch-polnischen Grenze auftauchten, konnten dabei nicht durch lokale Akteure und Akteurinnen allein gelöst werden. Hierzu war die nationalstaatliche Ebene notwendig, von wo aus die Entscheidung über territoriale Fragen letztlich an den neu gegründeten Völkerbund als transnationale Institution delegiert werden musste.

Als Projektziel ist die Platzierung von Aufsätzen in einschlägigen wissenschaftlichen Zeitschriften, die Veranstaltung einer international besetzten Tagung im Jahr 2020, aus der ein Sammelband entstehen soll sowie projektabschließend die Abfassung einer Kollektivmonografie vorgesehen.